



# MITBESTIMMUNG VON MORGEN - KÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN FÜR ARBEITSWELT, GESELLSCHAFT UND DEMOKRATIE

Christiane Benner, Zweite Vorsitzende

Tagung zur Mitbestimmung  
3. Februar 2022, Berlin

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Heute Vormittag hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Bedeutung der Mitbestimmung gewürdigt. Und er hat zurecht festgestellt: Wir befinden uns mitten in einem grundlegenden wirtschaftlichen Umbruch.

Die neue Ampel-Koalition hat ihre Arbeit in einer sehr anspruchsvollen Zeit aufgenommen: Die großen Themen sind der Klimawandel, die Digitalisierung und die Internationalisierung von Konzernen. Die IG Metall hat klar formuliert, dass sie diese sozial-ökologische Transformation mitgestalten will! Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag den Anspruch erhoben, dass sie den wirtschaftlichen Wandel aktiv gestalten will. Transformationsnetzwerke, Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung, regionale Strukturpolitik – das sind existenzielle Rahmenbedingungen für sichere und gute Arbeit. Jörg Hofmann und Wolfgang Schmidt werden später darüber diskutieren.

Viele Elemente finden sich im Koalitionsvertrag:

- Konkrete Pläne zum Ausbau von Speichern, Netzen und Ladeinfrastruktur
- Oder Investitionen in Wasserstoff-, Batterie- und Halbleiterindustrie

Da finden sich viele unserer Metall-Forderungen, für die wir auch am 29. Oktober 2021 auf die Straße gegangen sind. Aber damit diese Instrumente funktionieren, müssen die Beschäftigten in den Betrieben einbezogen werden! Der Wandel geht nur mit ihnen und nicht gegen sie.

Unsere Vertrauensleute und Betriebsrätinnen und Betriebsräte engagieren sich für gute und sichere Arbeitsplätze in einer Zeit großer Veränderungen. Um dabei erfolgreich zu sein, müssen sie beteiligt werden und auch aktiv eingreifen können. Etwa dann, wenn es um Investitionen in Standorte, um Qualifizierung oder um zukunftsfähige Produkte geht.

Mit anderen Worten: Wir brauchen eine mitbestimmungspolitische Antwort auf die vielen sinnvollen Koalitionspläne zur Transformation!

Doch diese Antwort fehlt im Koalitionsvertrag! Diese Lücke muss geschlossen werden! Wir können das so nicht stehen lassen! Wir brauchen mehr Mitbestimmung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte - nicht nur hier in diesem Raum - erleben knallharte Auseinandersetzungen! In den Betrieben und den Unternehmen sind wir jeden Tag damit konfrontiert. Ich habe das als stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von Continental drastisch gespürt! Wir haben dort an vielen Standorten erbittert für die Zukunft von Produkten und Beschäftigung gekämpft. Wir haben sehr viel erreicht. Trotzdem sind wir an Grenzen gestoßen. Weil die Kapitalseite mit dem Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden durchgedrückt hat, dass auch das profitable Reifenwerk in Aachen geschlossen werden soll. Das ist nicht akzeptabel. Ich sage deutlich: Das Doppelstimmrecht muss weg!

Auch bei Airbus eine lange Auseinandersetzung geführt. Dort haben unsere Kolleginnen und Kollegen vorgestern Morgen einen Erfolg errungen. Glückwunsch zum Ergebnis, auch an unseren Bezirksleiter Daniel Friedrich! Toll, wie ihr das mit Engagement, Solidarität von Nord und Süd und Standhaftigkeit durchgefochten habt! Airbus ist ein Beispiel dafür, dass wir mit Zukunftstarifverträgen und Zukunftsvereinbarungen Standorte und Arbeitsplätze absichern. Das geht nie ohne große Auseinandersetzungen.

Für Betriebsrätinnen und Betriebsräte gibt es keine rechtliche Basis, um in einer solchen Situation einzuwirken. Vor allem nicht vorausschauend.

Das ist aber nötig, denn rechtlich kommen Betriebsräte ins kurze Gras, wenn

- reflexartig Personalabbau betrieben wird
- Produkte nach Osteuropa oder Fernost verlagert werden
- Oder die Arbeitgeber keine Strategien für die Zukunft der den Betriebe haben.

Die Verbitterung und die Wut der Belegschaften sind da verständlicherweise groß. Besonders nach zwei Jahren Corona-Pandemie, in denen sich unsere Kolleginnen und Kollegen für ihre Betriebe und Unternehmen eingesetzt haben. Denn sie nehmen seit jetzt zwei Jahren erschwerte Arbeitsbedingungen in Kauf: Die ganze Schicht lang mit Maske in der Fertigung. Strenge Hygienemaßnahmen am Arbeitsplatz. Und ständig in der Sorge, dass man sich am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dorthin infizieren könnte. Oder sie arbeiten im Home Office, zumeist Frauen, oft am Wohnzimmertisch, während gleichzeitig die Kinder zu Hause sind. Unsere Kolleginnen und Kollegen können überhaupt nicht nachvollziehen, dass die aktuelle Situation zum Arbeitsplatzabbau genutzt wird.

Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben getan, was sie konnten: Task Forces gegründet, den größtmöglichen Infektionsschutz durchgesetzt, Arbeitsbedingungen so gut wie möglich geregelt – im Betrieb oder zu Hause. Mit viel Solidarität haben wir uns gegenseitig unterstützt.

Wir haben eine doppelte Herausforderung:

Es geht einmal darum, die verschärfte Corona-Lage zu bewältigen. Und zweitens die Transformation der Industrie zu gestalten.

Die Beschäftigten liefern. Die Politik hat auf dem Papier geliefert, auch mit dem neuen Koalitionsvertrag. Aber einem Teil der Arbeitgeber fällt trotz sehr guter Renditen nichts Besseres ein, als mit der Abrissbirne durch die Standorte zu fahren! Hallo Arbeitgeber, das kann doch nicht Euer Ernst sein! Es ist die **Pflicht** der Unternehmen, ihren Teil zur Bewältigung dieser Situation beizutragen! Es heißt nicht umsonst in unserem Grundgesetz: Eigentum verpflichtet!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir erleben gerade einen entscheidenden Unterschied zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009. Damals gab es eine gemeinsame klare Grundhaltung: Wir gehen da zusammen durch und wir kommen da auch zusammen wieder raus. Dafür wurde auch die Kurzarbeit auf

Initiative der IG Metall grundlegend neu konzipiert. Zu Beginn von Corona konnte darauf aufgesetzt werden. Ich denke an das erste Maßnahmenpaket der Bundesregierung. Oder an unsere Tarifabschlüsse 2020 und 2021. Da haben wir alles vereinbart, um Beschäftigung zu sichern: Etwa Rahmenbedingungen für Zukunftstarifverträge bis hin zur Möglichkeit der Vier-Tage-Woche. In zahlreichen Unternehmen konnten Ihr auf eure Betriebsvereinbarungen zu Beschäftigungssicherung und Kurzarbeit aus der Finanzmarktkrise zurückgreifen. Das war gut. Ich möchte mich bei Euch, den Betriebsrätinnen und Betriebsräten und an den Bildschirmen, für Euer Engagement bedanken.

Natürlich ist eine Pandemie, deren Ausgang wir auch nach zwei Jahren nicht kennen, komplexer als die Lage 2008/2009. Aber wir brauchen gerade in dieser Situation einen grundsätzlichen Konsens darüber, dass wir den industriellen Umbau sozial gestalten wollen! Es braucht ein klares Signal von den Arbeitgebern Richtung Politik und Richtung Belegschaften:

Wir werden das zusammen hinbekommen!

Wir glauben an den Industriestandort Deutschland!

Wir halten die Gesellschaft zusammen und damit auch unsere Demokratie!

Und wir übernehmen Verantwortung für Beschäftigte und Familien in den Regionen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

die neue Bundesregierung hat angekündigt, dass sie Verantwortung übernehmen will.

Im der Präambel des Koalitionsvertrags steht, dass der Modernisierungsfortschritt „mit einem Sicherheitsversprechen einhergehen muss und mit der Zuversicht, dass dies gemeinsam gelingen kann“. Dieses Sicherheitsversprechen muss unbedingt eingelöst werden!

Die Bundesregierung kann dafür ein Instrument nutzen, das sie selbst vorgeschlagen hat.

Sie will im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden eine „Allianz für Transformation“ schmieden.

In dieser Allianz sollen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Transformation vereinbart werden. Die IG Metall wird diese Plattform aber auch dafür nutzen, um über eine

angemessene betriebliche Mitbestimmung zu sprechen! Wir können es nicht hinnehmen, dass der Abbau und Rückbau von Arbeitsplätzen und Ausbildungsstellen in der Industrie so weitergeht. Wir müssen unsere Arbeitswelt grundlegend anders gestalten! Sonst werden die Gräben in unserer Gesellschaft tiefer! Dadurch gerät der gesellschaftliche Zusammenhalt, unsere Demokratie insgesamt in Gefahr! Dagegen müssen und werden wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter uns wehren!

Wir stehen für eine Gesellschaft,

- in der Menschen unter guten Bedingungen arbeiten,
- in der sie fair am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden,
- in der sie für ihre Arbeitsleistung wertgeschätzt werden,
- und in der sie an ihrem Arbeitsplatz mitbestimmen können!

Wir treten dafür auch in einen gesellschaftlichen Dialog. Mit Wissenschaftler\*innen. Mit Kirchen und Verbänden. Mit Umweltaktivist\*innen. Ich bin überzeugt: die Gestaltung der Zukunft wird unser zentraler gewerkschaftlicher Auftrag mindestens der nächsten zehn Jahre, wenn nicht darüber hinaus!

Schon bis 2030 muss ein gravierender Fortschritt bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion um 65 Prozent erfolgt sein. Die Weichen werden jetzt gestellt. Die Veränderung muss ökologisch und sozial sein! Lasst uns das anpacken! Als „Team IG Metall“!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

in dieser Situation sind unsere Betriebsratswahlen ab 1. März besonders wichtig.

Gestattet mir kurz, dass ich mal einen Blick auf die Vielfalt dieser Herausforderungen werfe: Die Betriebe, in denen gewählt wird, sind sehr unterschiedlich.

Das reicht vom kleinen Handwerksbetrieb mit 5 Beschäftigten bis zu Unternehmen wie Volkswagen mit rund 120.000 Beschäftigten in Deutschland. Besonders stolz sind wir auf die Diversität der Kolleginnen und Kollegen, die sich zur Wahl stellen. Die Wahlvorschläge der

IG Metall garantieren eine ausgewogene Mischung der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen, Zugehörigkeiten, Geschlechter und Nationalitäten. Diese Diversität ist unser Garant für erfolgreiche Interessenvertretung. Vielfalt ist unsere Stärke! Wir lassen uns nicht spalten! Und schon gar nicht von Rassisten, Rechtsradikalen oder bekennenden Faschisten! Unsere Stärke ist die Solidarität. Und das bewegt viele Menschen, den Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Aus dieser guten Ausgangssituation entstehen zusätzliche neue Betriebsräte. Deshalb unterstützen unsere 140 Erschließungssekretär\*innen Aktive bei Betriebsratsgründungen. Wir werden nach der Wahl viele neue Betriebsrätinnen und Betriebsräte in unserer Mitte begrüßen. Fast jedes dritte Betriebsratsmitglied wird neu ins Amt gewählt werden. Wir überzeugen auch zunehmend Beschäftigte in der IT-Branche und bei Entwicklungsdienstleistern. Bei der IAV gibt es schon länger einen Betriebsrat, der gute Arbeit leistet. Selbst bei Bertrandt, dem größten Entwicklungsdienstleister in Deutschland, ist es dank beharrlicher Arbeit und guter Ideen gelungen, Betriebsräte zu gründen. Trotz Gegenwind! Bertrandt ist ein Unternehmen, das sich bis heute weigert, der IG Metall einen Zugang zu seinem digitalen schwarzen Brett, zum Intranet, zu gewähren. Trotzdem haben wir einen Fuß in die Tür gebracht. Und wir arbeiten weiter daran, unsere gewerkschaftliche Basis zu stärken!

Ich bin überzeugt: auch bei Tesla in Grünheide sind wir gut dabei. Es war noch nie so, dass wir über Nacht einen Organisationsgrad weit über 50 Prozent und volle Tarifbindung erreicht haben. Das fällt doch alles nicht vom Himmel! Denkt mal an das US-Unternehmen Ford in Köln. Da haben wir viele Jahrzehnte lang beharrlich gearbeitet, bis es soweit war. Wir mussten uns da immer erst organisieren. Auch in neueren Werken wie BMW in Leipzig, oder VW in Zwickau war das so. Deshalb sagen wir Elon Musk ganz gelassen und selbstbewusst: Willkommen im Land der Mitbestimmung! Schön, dass Sie da sind – am tollen Industriestandort Deutschland. Sie tun alles für ihren Erfolg. Wir werden alles tun, um die Tesla-Beschäftigten von der IG Metall zu überzeugen. Wir sind für die Beschäftigten da. Wir haben extra ein Büro eingerichtet, in einem

umgebauten Bahnwärterhäuschen. Wir bieten Beratungsangebote und mehr, von mir aus auch gerne Bahnsteigkarten für Elektro- und andere Revolutionen.

Die Bahnstation heißt übrigens „Fangschleuse“. Das ist sicher Zufall, aber ich würde mal sagen: ein geradezu programmatischer Name für ein IG Metall-Erschließungsprojekt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

In unseren Betrieben laufen gerade die Vorbereitungen für die Betriebsratswahl. Und überall spüre ich: Die IG Metall ist quicklebendig!

Was mich außerdem zuversichtlich stimmt, ist die ungeheuer positive Resonanz für Mitbestimmungsthemen – gerade von Euch Betriebsrätinnen und Betriebsräten!

Ihr habt im letzten Jahr mit einer Unterschriftenaktion für die notwendige Bewegung beim Betriebsrätemodernisierungsgesetz gesorgt! Ohne Euch, ohne eure Unterschriften und euer Engagement, wäre da wenig bis nichts passiert! Danke nochmal dafür! Das hat gewirkt!

Alle Parteien haben plötzlich gespürt: Hoppla, es wird ernst. So ist unter anderem der Schutz von Wahlinitiator\*innen gesetzlich verbessert worden. Das war ein Teilerfolg. Aber er geht uns nicht weit genug. Weil wir klargemacht haben, dass uns das neue Gesetz dafür immer noch nicht reicht, kommt jetzt der nächste Schritt. Ich begrüße ausdrücklich, dass unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil den Schutz von Wahlinitiator\*innen weiter verbessern will! Damit würdigt er die Bedeutung von Betriebsräten und von betrieblicher Demokratie. Ich finde, das erkennt auch die Arbeit von Euch an, die ihr schon im Amt seid.

Es ist wichtig, dass Hubertus Heil die Behinderung von Betriebsratswahlen strafrechtlich verfolgbar machen. Was teilweise gegen Initiatorinnen und Initiatoren von Betriebsratswahlen aufgefahren wird, ist kriminell! Das reicht von gezieltem Mobbing mit beabsichtigten psychischen Folgen bis hin zur Kündigung aus fadenscheinigen Gründen. Die Bekämpfung von gezielten Aktivitäten, die wir unter dem Begriff „Union-Busting“ zusammenfassen, ist längst überfällig!

Jede sechste Betriebsratsgründung wird behindert. Das muss aufhören!

Ein aktuelles Beispiel: der Autovermieter Sixt schaltet originelle Anzeigen für Cabrios.



Aber liebe Familie Sixt: Was bei Ihnen abgeht, wenn Beschäftigte einen Betriebsrat gründen wollen, das ist überhaupt nicht originell! Das ist ein ganz schäbiger Angriff auf die Demokratie! Da sagen wir solidarisch mit unserer Schwestergewerkschaft ver.di: Unterlassen Sie das!

Wir begrüßen auch, dass Hubertus Heil das digitale Zugangsrecht für Gewerkschaften eindeutig festlegen will. Wir wissen von Unternehmen, die ihre IT-Administratoren damit beauftragen, gezielt gewerkschaftliche Informationen abzufangen.

Seit 50 Jahren haben wir ein gewerkschaftliches Zutrittsrecht zum Betriebsgelände. Das ist im digitalen Zeitalter natürlich gleichbedeutend mit digitalen Zutrittsrechten für Gewerkschaften. Das muss die Regierung klarstellen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste!

Ich habe schon gesagt: Die großen Herausforderungen unserer Zeit benötigen eine mitbestimmungspolitische Antwort. Und bei aller Freude über einige im Koalitionsvertrag angekündigte Verbesserungen: Bei den notwendigen Reformen im Betriebsverfassungsgesetz ist die Regierung eindeutig viel zu kurz gesprungen. Da muss viel mehr kommen! Ich will jetzt nicht unsere Forderungen Paragraf für Paragraf aufzählen. Ich will den Grundgedanken deutlich machen. Lasst mich unsere Vorschläge zur Runderneuerung der Betriebsverfassung in *vier Felder* einteilen:

Erstens: Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen müssen die strategische Ausrichtung in Zeiten der digitalen Transformation und des ökologischen Umbaus mitgestalten können. Wir brauchen von daher erweiterte Rechte, die der Beschäftigungssicherung dienen. Dazu gehören Personalplanung, Personalbemessung und Qualifizierung. Und ein erzwingbarer Interessenausgleich. Kurz: Wir brauchen mehr wirtschaftliche Demokratie in diesem Land.

Zweitens: Schutz der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten, insbesondere beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Dafür ist Kerstin Jürgens eine Spezialistin.

Und wir wollen auch Individualrechte stärken - von Meinungsfreiheit bis Demokratiezeit. Das würde auch unsere Vertrauensleutearbeit stärken. Warum solche Erweiterungen notwendig sind, werden wir mit Lisa Herzog besprechen.

Drittens: Die Erweiterung des § 87. Das umfasst Themen, die jetzt schon in der Betriebsverfassung behandelt werden, aber keine Mitbestimmungsrechte sind.

Da wären:

- Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit,
- Grundsätze für einen diskriminierungsfreien Umgang miteinander im Betrieb.
- Maßnahmen, die dem Umwelt- und Klimaschutz dienen. Das berührt direkt das Thema von Luisa Neubauer.

Viertens: Handlungsbedingungen für Betriebsratsarbeit verbessern. Dazu gehört, dass Betriebsratswahlen weiter erleichtert werden. Wir wollen auch die Freistellungen für Kleinbetriebe erleichtern. Und wir wollen endlich, dass endlich die Vergütung von Betriebsräten angemessen geregelt wird! Ich muss das doch gerade den Betroffenen hier nicht sagen. Die gesetzlichen Regeln sind völlig unzureichend. Wir müssen bei der Bemessung des Arbeitsentgelts die erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen berücksichtigen, genau wie auch die auf Dauer wahrgenommenen Aufgaben.

Da müssen dieselben Prinzipien gelten wie bei der Eingruppierung aller anderen Beschäftigten im Betrieb! Gleiches Recht für alle! Es darf doch nicht sein, dass Betriebsrätinnen und Betriebsräte dauerhaft benachteiligt werden!

Liebe Bundesregierung, liebe Arbeitgeberverbände: hier müsst Ihr dringend ran!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben sehr genaue Vorstellungen, was wir wollen. Ich bin zuversichtlich: Unsere Ideen werden für viel Zündstoff und viel Diskussion sorgen! Und sie werden nur richtig Dynamik entfalten, wenn wir sie gemeinsam und konzentriert weitertreiben!

Und das werden wir – denn Stillstand bei der Mitbestimmung bedeutet Rückschritt!

Es muss doch nach vorne gehen! Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch. Mit einer

Zukunftsvision so stark wie in den frühen 1970er Jahren, als die Mitbestimmung grundlegend reformiert worden ist. Der damalige Satz von Willy Brandt ist legendär: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Dieses Verständnis müssen wir lebendig halten! Unter allen Umständen! Dahinter dürfen wir nie mehr zurückfallen! Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 und das Mitbestimmungsgesetz von 1976 waren die praktische Übersetzung von „Mehr Demokratie wagen“!

Die neue Bundesregierung aus SPD, Grünen und der FDP will bewusst daran anknüpfen. Deshalb hat sie dem Koalitionsvertrag die Überschrift gegeben: „Mehr Fortschritt wagen!“ Und folgerichtig steht im Koalitionsvertrag auch: „Die sozial-ökologische Transformation und die Digitalisierung kann nur mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirksam gestaltet werden.“ Jetzt muss hier die praktische Übersetzung folgen! Setzt Eure Ankündigung bitte auch um!

Ja, wir wollen auf Augenhöhe mitbestimmen! Ja, wir wollen mehr Demokratie in der Wirtschaft! Unser Anspruch geht bis hin zur Beteiligung bei strategischen Fragen! Menschen sind mehr als „fixe“ Arbeitskosten, die man möglichst weit reduzieren muss, damit die Rendite steigt. Menschen sind Subjekte. Menschen haben Rechte. Sie haben Würde. Sie haben einen Anspruch darauf, dass sie mitentscheiden können, wie ihre Zukunft aussieht. In der Gesellschaft, aber auch in den Betrieben. Und deshalb sage ich: Mehr Demokratie wagen - mehr Fortschritt wagen! Das muss auch heißen: Mehr Mitbestimmung wagen!

Danke!